

1. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

17. Oktober 1952

512/A.B.
zu 551/JAnfragebeantwortung

In der Sitzung des Nationalrates vom 15. Oktober d.J. haben die Abg. Mark, Dr. Zechner und Gen. im Zusammenhang mit einem in der "Wiener Tageszeitung" erschienenen Bericht: "Bezeichnendes Doppel Spiel der Sozialisten" an den Bundesminister für Unterricht nahestehende Anfrage gerichtet:

"1.) Ist der Herr Bundesminister bereit, bekanntzugeben, ob sich gestern andere führende Persönlichkeiten als die eben genannten des sozialistischen Lagers zusammen mit Hochschulprofessoren zu den höchsten Regierungsstellen begeben haben, um eine Erhöhung der Kollegiengelder zu verlangen?

2.) Ist der Herr Bundesminister bereit, für den Fall, dass er imstande ist, die erste Frage zu verneinen, für eine amtliche Berichtigung Sorge zu tragen?"

Diese Anfrage wird vom Bundesminister für Unterricht Dr. Kollb nunmehr wie folgt beantwortet:

"Die Abgeordneten Mark und Dr. Zechner erinnern daran, dass sie am Dienstag, den 14. Oktober nachmittags wegen der Subventionierung der Volkshochschulen bei mir vorgesprochen haben; sie fragen an, ob sich am Dienstag "andere führende Persönlichkeiten als die oben genannten des sozialistischen Lagers zusammen mit Hochschulprofessoren zu den höchsten Regierungsstellen begeben haben, um eine Erhöhung der Kollegiengelder zu verlangen".

1. Zunächst bestätige ich die Angabe der Anfrage über Inhalt und Zeit der Vorsprache bei mir, die übrigens am gleichen Tage in einer Mitteilung der APA bekanntgegeben wurde; die Unterredung, an der auch BR. Übelhör und Landtagsabgeordnete Hiltl teilnahmen, fand gegen 3 Uhr nachmittags statt und war ausschliesslich den Volkshochschulen gewidmet. Anschliessend fragte mich BR. Übelhör, ob die im Sommer begonnenen Aussprachen über die Förderung

2. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

17. Oktober 1952

von Kunst und Wissenschaft fortgesetzt werden, was ich bejahte. Über etwas anderes wurde nicht gesprochen, auch haben am Dienstag keine anderen führenden Persönlichkeiten des sozialistischen Lagers bei mir vorgesprochen, weder allein noch zusammen mit Hochschulprofessoren.

2. Sodann muss ich mein Bedauern darüber ausdrücken, dass die Anfrage wohl eingangs die "Wiener Tageszeitung" vom 15. Oktober wörtlich zitiert, das Zitat aber nur scheinbar in die Frage 1 übernimmt, indem sie das Wort "andere" auslässt. Die "Wiener Tageszeitung" erwähnte "führende Persönlichkeiten des sozialistischen Lagers zusammen mit anderen Hochschulprofessoren"; es waren also nicht Politiker und Hochschulprofessoren gemeint, sondern nur Hochschulprofessoren, allerdings nicht nur solche des sozialistischen Lagers, sondern auch andere. Von den vier Persönlichkeiten, die bei mir vorgesprochen haben, gehört keine dem Stande der Hochschulprofessoren an; die Nachricht in der "Wiener Tageszeitung" kann daher gar nicht auf die obige Vorsprache bezogen werden; sie kann daher auch nicht als „eine politische Fälschung des Sachverhaltes“ bezeichnet werden.

3. Die Anfrage betont zweimal, dass sie an mich auch als derzeitigen Vertreter des Herrn Bundeskanzlers gerichtet ist, woraus ich schliessen muss, dass sie mit den "höchsten Regierungsstellen" das Bundeskanzleramt meint. Die Vertretung des Herrn Bundeskanzlers durch mich wurde erst Mittwoch, den 15. Oktober, im Parlament bekanntgegeben und in der "Wiener Zeitung" kundgemacht, weil der Herr Bundeskanzler erst Mittwoch abends das Bundesgebiet verliess. Eine Vorsprache bei "den höchsten Regierungsstellen" konnte daher am Dienstag nur eine solche beim Herrn Bundeskanzler oder Herrn Vizekanzler persönlich sein. Tatsächlich haben, zwar nicht am Dienstag, den 14., wohl aber am Dienstag, den 7. nachmittags 5 Uhr Hochschulprofessoren, darunter der sozialistische BR, Prof. Dr. Adalbert Duschek, beim Herrn Bundeskanzler und am Samstag, den 11. Oktober beim Herrn Vizekanzler vorgesprochen. Hierüber berichtet die "Wiener Universitätszeitung" vom 15. Oktober unter der Schlagzeile "Hochschullehrer bestehen auf Kollegiengelderhöhung" ziemlich ausführlich. Nach diesem Bericht sprach die Delegation, zu der auch der sozialistische BR, Prof. Dr. Adalbert Duschek gehörte, die Hoffnung auf eine entsprechende Kompensation aus, "falls die Erhöhung der Kollegiengeldanteile im Wintersemester noch nicht durchgeführt werden könnte."

3. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

17. Oktober 1952

4. Dieser Bericht ist umso überraschender, als die "Arbeiter-Zeitung" am 25. September 1952 über die Vorsprache der Hochschülerschaft wörtlich berichtet hatte: "Nationalrat Dr. Zechner und Bundesrat Duschek sagten namens des Klubs der sozialistischen Abgeordneten zu, die Forderungen der Österreichischen Hochschülerschaft zu unterstützen und sich in einem Schreiben an den Unterrichtsminister gegen jede Gebührenerhöhung auszusprechen"; Begreiflicherweise bemüht sich die heutige "Arbeiter-Zeitung", den von Bundesrat Duschek vertretenen Standpunkt dahin zu umschreiben, "dass die notwendige Erhöhung der Bezüge der Hochschullehrer nicht durch eine Erhöhung der von den Studenten getragenen Kollegiengelder, sondern nur durch eine Erhöhung des vom Staate getragenen Anteiles möglich sei". Sie nimmt dabei ausdrücklich auf die in der Anfrage zitierte Erklärung der ÖVP Bezug, die "in diesem Zusammenhange" erwähnt, "dass ein sozialistischer Hochschulprofessor die Forderungen der Professoren auf Erhöhung der Kollegiengelder bei höchsten Regierungsstellen vertrat". Demnach ist sich die "Arbeiter-Zeitung" über die Persönlichkeiten des sozialistischen Lagers klar, die sich zu den höchsten Regierungsstellen begeben haben, wie auch darüber, wer mit "den höchsten Regierungsstellen" gemeint ist.

5.) Es erübrigt sich, darauf hinzuweisen, dass das Wort "während" nicht nur als Vorwort, sondern häufig auch als Bindewort verwendet wird, wobei es einen Gegensatz bezeichnet und die ursprüngliche Beziehung auf die Gleichzeitigkeit von Handlungen ganz verliert. Wenn also die "Wiener Tageszeitung" schreibt: "Während ein SPÖ-Nationalrat sich gegen die Gebühren aussprach begaben sich führende Persönlichkeiten des sozialistischen Lagers zusammen mit anderen Hochschulprofessoren ...", heisst das keineswegs, dass die Vorsprache bei den höchsten Regierungsstellen zur gleichen Zeit wie die Studentenversammlung stattfand; die Wendung hebt nur den Gegensatz zwischen der Rede eines SPÖ-Nationalrates und der Vorsprache eines SPÖ-Bundesrates hervor.

Aus den dargelegten Gründen habe ich keinen Anlass, für eine amtliche Berichtigung Sorge zu tragen."

F.M.F.-7